

Erscheint wöchentlich  
einmal: Freitags.  
Ausgaben: Die fünfgepaltene  
Beitragliste 40 Pfg.  
Für die Ortsvereine 10 Pfg.  
Im Abonnement nach  
Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
Bei jedem Postamt und in der  
Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Beitragpreisliste.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 21

Berlin, den 24. Mai 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt  
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,  
Geldsendungen an W. Zille, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt  
Königsstadt, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Gehet hin und lehret alle Völker! — Erholungsurlaub für Arbeiter. — Zur Feuerungsfrage. — Die Bewegung auf der Vulkanwelt in Hamburg. — Die Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) im Strom des öffentlichen Lebens. — Rundschau: Zwei Gewerkschaftsdelegiertentage. Die Aussichten auf dem Holzmarkt. Eine Generalausperrung in Sicht. Maifeier und Tarifverträge. Das Handwerk in Sachsen. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Bochum. Düsseldorf. — Lohnbewegung. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins der Holzarbeiter Berlin. — Anzeigen.

## Gehet hin und lehret alle Völker!

Mit diesen Worten beauftragte der Geist des Herrn die Jünger Christi, seine Lehre hinauszutragen unter alle Völker. Das Fest, das sich an die Pfingstfest gefeiert, wird in der christlichen Welt als Pfingstfest gefeiert. Auf allen Kanzeln wird verkündet, wie der heilige Geist in Gestalt von feurigen Zungen auf die Apostel und Jünger des Herrn herabgekommen sei und sie gewissermaßen befähigte, seine Lehre hinauszutragen.

Gehet hin und lehret alle Völker! Es ist etwas Großartiges in diesem zur Agitation und Werbearbeit auffordernden Satz. Wie oft sind ähnliche Mahnworte an unsere Kollegen, an die Arbeiterschaft überhaupt, gerichtet worden. Wie viele sind mit tauben Ohren an dieser Mahnung vorübergegangen. Sie haben nicht gesehen, sie haben nicht gehört, daß die Arbeitgeber sich in Verbände zusammengeschlossen, um ihre speziellen Interessen zu vertreten. Diese Interessenvertretung zeigt sich hauptsächlich darin, daß in allen Fragen, die das Verhältnis der Arbeitgeber zum Arbeitnehmer betrifft, sich gegen letztere wendet. Diese Tauben haben nicht gehört, daß auch sie durch die Vereinigung mit ihren Berufsgeoffenen in der Lage sind, Dinge zu bessern und zu erreichen, wozu ihre schwache Kraft allein nicht ausreicht. Wie oft wurde ihnen gelehrt, durch den Eintritt in die Berufsorganisation ihre eigene schwache Kraft zu verdoppeln und zu verdreifachen, um all den Anstrengungen des täglichen Lebens gegenüber gewappnet zu sein. Wie oft wurde ihnen gelehrt, daß durch die Hilfe der von der Organisation gewährten Unterstützung die Not des Einzelnen gemildert werde. Alles umsonst! Woran mag das liegen? Die Zerissenheit in der deutschen Arbeiterbewegung hat ein groß Teil Schuld an diesen Verhältnissen!

Sehen wir doch nur, wie die sogenannten „freien“ Gewerkschaften mit ihrer Kampfweise den Bruderkampf unter sich gefördert, ja geradezu propagiert haben. Die Beziehung der Klassen und der Klassengeoffenen ist eines der Hauptbestandteile der Sozialdemokratie und der ihr angeschlossenen Gewerkschaften. Dadurch, daß jene aber jederzeit und von Anfang mehr das trennende als das einigende bei ihrer Agitation in Wort und Schrift hervorhoben, wurde die deutsche Arbeiterbewegung etwas, was sie nicht werden durfte, eine Bewegung, die von allen möglichen Zufällen hin- und hergeschleudert wurde, zum Schaden der Arbeiter selbst. Aber auch die christlichen Gewerkschaften arbeiten in ähnlicher Weise, der Unterschied liegt nur darin, daß erstere die Arbeiterbewegung mit politischen Schlagworten leiten und in das Führgewasser einer bestimmten politischen Partei dirigieren, während letztere zu den politischen Momenten noch die kirchlichen hinzuzerren. Wo diese beiden Pole eine Rolle spielen, muß Haber und Streit an der Tagesordnung sein.

Wie ganz anders ist das bei den Gewerkschaften. Sie sind parteipolitisch unabhängig und religiös neutral. Sie wollen, wie aus dieser prägnanten Stellungnahme hervorgeht, alles fern halten, was die Arbeiter zersplittern, ihre Machtposition irgendwie beeinträchtigen könnte. In der Einigkeit aller Arbeiter, ganz gleich welcher politischen oder religiösen Ansicht sie sein mögen, liegt ihr zukünftiger Erfolg. Macht und Ansehen begründet. Ein lebhaftes Beispiel in dieser Beziehung, wie es nicht sein soll, hat uns die letzte verfloßene Bergarbeiterbewegung gegeben.

Wer daher haben will, daß die deutschen Arbeiter in allen Dingen, sei es in punkto Tarifvertrag, sei es in der Gesetzgebung, die Gleichberechtigung erhalten, der kann nicht dafür eintreten, daß die Arbeiterschaft sich vom Volksganzen absondere, wie die Sozialdemokratie es will. Er darf aber auch nicht mit den religiösen Gefühlen der Arbeiter Schwachpolitik treiben, wie dies vielfach von den christlichen Gewerkschaften geschieht, sondern der kann einzig und

allein nur mitarbeiten auf dem Boden der Deutschen Gewerkschaften.

Gehet hin und lehret alle Völker, möchte man ausrufen und sorgt dafür, daß ihr alle aufkläret über das Unstünige ihres Verhaltens. Lehret sie mit feurigen Zungen, den Bruderkampf und Bruderkampf bei Seite zu legen und durch eine gemeinsame, einige deutsche Arbeiterbewegung zu zeigen, welche Kraft und Stärke ihr innewohnt. Lehret aber auch alle jene, die noch ungläubig und verdrossen bei Seite stehen, ihr Unrecht einzusehen, indem sie durch ihre Nichtbeteiligung an der Gewerkschaftsbewegung zum Bremskloß für ihr eigenes Vorwärts- und Aufwärtsstreben werden.

Gehet hin und lehret alle Völker möchten wir aber auch allen unseren Kollegen zurufen, seid unablässig tätig in der Werbearbeit für unsere Gewerkschaftsfrage. Ihr, die ihr zu unserer Fahne gehört, also im gewissen Sinne die Apostel und Jünger unserer Lehre sein sollt, steht nicht zaghaft bei Seite und scheut nicht die eventuell daraus entstehenden Unannehmlichkeiten. Der überzeugte Gewerkschafter muß für seine Lehre der Verhöhnung und des Ausgleichs auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung mit allen Mitteln und Kräften einzutreten bereit sein. Dies tut er, wenn er den ernsthaften Versuch macht, in dem von uns angebotenen Sinne zu handeln und immer darauf bedacht ist, neue Glieder dem Gewerkschaften zuzuführen. Das Pfingstfest möge daher für uns alle eine neue Mahnung sein, nicht auszuruhen, sondern im Sinne des Spruches der christlichen Legende zu wirken. Mit feurigen Zungen wollen wir die Gewerkschaftslehre hinauszutragen in alle Städte und Dörfer, auf daß das Ziel einer großen, starken deutschen Arbeiterbewegung, die nicht durch politische und kirchliche Zänkereien gestört wird, recht bald Wahrheit werden möge.

Allen Kollegen und Kolleginnen  
wünscht ein  
fröhliches Pfingstfest  
Redaktion und Hauptvorstand.

## Erholungsurlaub für Arbeiter.

Mit dem Monat Juni beginnen die allgemeinen Ferien. Auf den Bureaus der staatlichen und städtischen Verwaltungen, in den Handlungshäusern, in den Fabrikbetrieben usw. wird unter den Anzustellten jetzt eifrig besprochen, wann und wohin der Ferienurlaub gehen soll. Die Freude darüber, auf wenige Tage aus der Tremlühle des täglichen Lebens herauszukommen, zeigt sich auf den Gesichtern aller. Ist doch das Hasten und Jagen in allen Erwerbszweigen ein so nervenzerrüttendes geworden, daß vielfach die Notwendigkeit einer Erholungsreise von sozial denkenden und einsichtigen Chefs der verschiedenartigsten Unternehmungen anerkannt und ein Ferienurlaub vorgesehen ist.

Wie ganz anders ist dieses noch bei den Arbeitern. In den Tarifverträgen wird versucht, das Arbeitsverhältnis nach allen möglichen Richtungen zu präzisieren und sicher zu stellen. Ueber die Frage des Erholungsurlaubes wird unseres Wissens in den meisten Tarifverträgen keine Erwähnung getan. In den meisten staatlichen und kommunalen Betrieben ist jedoch in den Arbeitsordnungen ein Erholungsurlaub für die Arbeiter, meistens je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses, vorgesehen. Doch auch industrielle Betriebe haben in dieser Beziehung Einrichtungen getroffen, die allerdings meistens als Wohlfahrts-einrichtungen bezeichnet werden. Um einen Ueberblick über die auf diesem Gebiete vorhandenen Einrichtungen und Erfahrungen zu gewinnen, hatte der Zentralverband deutscher Industrieller, wie die Monatschrift der Handwerker zu Halberstadt feststellt, ein Rundschreiben verfaßt. Von den eingegangenen Antworten ist fast die Hälfte kurz Mitteilung gemacht, daß regelmäßige Urlaubs-einrichtungen in

den betreffenden Betrieben nicht bestehen und sie keine Erfahrungen auf diesem Gebiete besäßen. Von den übrigen Eingängen, welche die größere Hälfte ausmachen, ist etwa ein Drittel in mehr oder weniger gegnerischem Sinne gehalten, während die anderen beiden Drittel bereits Urlaubs-einrichtungen haben oder doch der Einführung sympathisch gegenüberstehen.

Diejenigen Firmen, die einen ablehnenden Standpunkt eingenommen haben, begründen diesen zunächst mit den schlechten Konjunkturvverhältnissen; eine Beurlaubung mit fortlaufender Lohnzahlung Reue einer Lohnhöhung gleich; andere tragen Bedenken gegen die Vereinbarung eines Rechts auf Urlaub; wieder andere machen Schwierigkeiten der Stellvertretung beurlaubter Arbeiter geltend; noch weitere Einwände stützen sich darauf, daß viele Arbeiter auf dem Lande oder doch wie in ländlichen Verhältnissen mit eigenem Häuschen, Garten oder gar kleinem Ackergrundstücke lebten, immer Erholungsgelegenheit besäßen.

Von denjenigen Mitgliedern, die bereits Urlaubs-einrichtungen in irgend einer Form getroffen haben, nehmen manche Betriebe in verschiedenen Großindustrien eine Vorzugsstellung ein. Sie haben vorzügliche Wohlfahrts-einrichtungen und Bergnütigungen für ihre älteren Arbeiter unter Festlegung bedeutender Kapitalien vorgesehen. Ihre Urlaubs-einrichtungen knüpfen sich unter anderen an die Form von Erholungsheimen, die, in landschaftlich schöner Gegend gelegen, gewöhnlich 30 bis 40 Arbeiter zugleich aufnehmen gewähren. Die Arbeiter erhalten hier, indem auf Vorschlag und Befinden des Kassenarztes vornehmlich die der Erholung bedürftigen und die älteren Arbeiter je nach Verdienst und Würdigkeit bevorzugt werden, in der Zeit vom Mai bis Oktober, in sich abwechselnden Trupps von 30 bis 50 Personen, freien Aufenthalt und freie Verpflegung auf die Dauer von acht bis vierzehn Tagen, ja sogar darüber bis zu vier Wochen. Als Entgelt für den entgangenen Lohn wird ihnen meistens eine Pauschalvergütung in Höhe von 15 bis 18 M. die Woche als Taschengeld gewährt, indem sie Gelegenheit haben, sich durch freiwillige Gartenarbeiten in den Anlagen des Erholungsheims ganz nennenswerte Beträge dazu zu verdienen. Verbindung für die Aufnahme in das Erholungsheim, dessen Hausordnung zu befolgen ist, ist das Freisein von ansteckenden Krankheiten, tadellose Führung und mehrjährige Tätigkeit in dem betreffenden Betriebe.

Die Erfahrungen, die man mit der Einrichtung der Urlaubs-einrichtung gemacht hat, werden durchweg als günstig bezeichnet. Die Unternehmer haben auch hierdurch einen festen Stamm von lange Jahre bei ihnen dienenden Arbeitern herangezogen, der nach Hunderten oder Tausenden zählt.

So sehr diese Erholungsheime hygienisch einwandfrei sein mögen, so können wir doch diesen Einrichtungen nicht besonders viel Geschmeck abgewinnen, da sie zu sehr nach Bevormundung riechen und durch die in diesen Erholungsheimen jedenfalls vorgesehene scharfe Hausordnung muß dem Arbeiter, der Erholungsurlaub erhalten hat, das Gefühl aufsteigen, die Kette der strengen Aufsicht, die er als Arbeiter in der Fabrik manchmal sehr drückend und beschämend findet, nun auch während seinesurlaubes mit sich schleppen. Wir erkennen an, daß die sozialen Missstände und auch Verbesserungen sich heute nicht ohne weiteres und immer auf dem legalen Wege des Rechts regeln lassen und vielfach noch die private Wohltätigkeit zu diesem Zweck in Anspruch genommen werden muß, aber die Gründe solcher Wohlfahrts-einrichtungen mögen nicht vergessen, daß den Arbeitern nichts mehr bedrückt als gerade das Gefühl mangelnder Freiheit.

Diese Erholungsurlaube für Arbeiter finden wir allerdings nur in der Großindustrie, während in den handwerksmäßigen Betrieben der Sommerurlaub mit Fortbezahlung des Lohnes fast nicht gekannt wird. Und doch würden auch da jedenfalls dieselben günstigen Erfahrungen gemacht werden, wie sie in der schon erwähnten Equete zum Ausdruck kommen. Und doch wäre auch da die Gewährung von Urlaub jedenfalls einer ersten Erwägung zu unterziehen. Die moderne Produktionsform mit ihrem Jagen und Hasten, der ohrenbetäubende Lärm der Holzbearbeitungsmaschinen z. B. wirkt so mächtig auf die Nerven, auf die Gesundheit der Arbeiter ein, daß Erholungsurlaube, die keine finanzielle Notlage des Fernenden zeitigen, zu einer Notwendigkeit werden. Wenn der Arbeiter arbeitslos ist, oder wenn er zur

Verbesserung seiner Lage im Streit steht, also nicht arbeitet, dann hat er ja Erholungsurlaub, wird wohl mancher Unternehmer sagen. Das ist nicht richtig. Solche Zeiten sind für den Arbeiter keine Zeiten der Erholung, sondern manchmal der bittersten Not. Und doch ist es gerade der von uns oben angeführte Umstand, der es notwendig macht, auch in den Handwerksbetrieben die Frage des Sommerurlaubs etwas mehr wie bisher ins Auge zu fassen. Würde doch der Arbeiter mit noch größerer Freude und Eifer im Betriebe der Pflichterfüllung obliegen.

Von Unternehmenseite wird man uns entgegen, daß in der Holzindustrie die Arbeitszeit verhältnismäßig am günstigsten steht gegenüber anderen Berufen. Das mag richtig sein, ist aber noch lange kein Grund, deshalb weitergehende Forderungen, die im Interesse der Gesundheit der Arbeiter liegen, zu erörtern und eventuell weiter zu verfolgen. Wir sind uns klar, daß solche Forderungen vorerst nur in größeren Betrieben Aussicht auf Erfolg hätten. Das würde jedoch nicht schaden, denn ist erst einmal der Anfang gemacht, dann wird diese Einführung von selbst auf die kleineren Betriebe übergreifen, sollen diese nicht Gefahr laufen, ihre besten Arbeiter an jene mit besseren Arbeitsbedingungen versehenen Betriebe zu verlieren.

Daß diese Bestrebungen immer größeren Boden gewinnen, muß Aufgabe der Arbeiterschaft sein. Als ein Zeichen für die Bedeutung der Verlängerung der Arbeitspausen dürften die Bestrebungen der Arbeiter in Süddeutschland sein, den Samstag Nachmittags frei zu bekommen. Der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes Leipart und der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes Vorhölzer haben sich dieserhalb schon im „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission auseinandergesetzt. Leipart steht auf dem Standpunkt, der Achthundentag muß kommen und ist nur denkbar, wenn die tägliche Arbeitszeit sukzessive verkürzt wird; er verwirft den freien Sonnabend Nachmittags und meint, dieser sei geeignet, die Erringung des Achthundentages immer weiter hinauszuschieben. Vorhölzer dagegen sagt, daß in den Großbetrieben die Erringung der täglichen Arbeitszeitverkürzung viel schwieriger sei, als in der mit einer größeren Anzahl von Kleinbetrieben durchsetzten Holzindustrie. Im Prinzip ist auch er für den Achthundentag, praktisch aber glaubt er den freien Samstag Nachmittags eher erhalten und dadurch eine Verkürzung der Wochenstunden erreichen zu können.

Damit hat Vorhölzer wohl auch das gesagt, was heute schon bei vielen Tarifverträgen der Holzarbeiter vorhanden ist und angestrebt wird: Die Regelung der täglichen Arbeitszeit wird meistens den örtlichen Parteien überlassen. Doch das ist es nicht nach unserer Auffassung, was die Arbeiter die Forderung nach dem freien Samstag Nachmittags stellen läßt, es ist vielmehr das Bedürfnis, eine längere zusammenhängende Ruhepause zu erhalten. Dieses Bedürfnis scheint sowohl Leipart wie Vorhölzer zu übersehen. Die Forderung des Sommerurlaubes unter Fortbezahlung des Lohnes dürfte zu einem Teil dem Wunsch der Arbeiter, eine größere zusammenhängende Ruhepause zu erhalten, entgegenkommen, auf der anderen Seite aber der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nicht hemmend in den Weg treten.

### Zur Teuerungfrage.

Ueber dieses Thema schreibt Dr. A. Günther folgenden lehrreichen Aufsatz in der Nr. 33 der „Soz. Praxis“:

Aus den noch so wenig erkundeten tatsächlichen Lebensverhältnissen der breiten Massen, die von den

hohen Nominal-Lohnhöhe, Kleinhandelspreis und Mietspreis begrenzt sind, bringen immer nachhalligere und wuchtigere Wahrnehmungen an unser Ohr, die nur auf das Bestehen einer allgemeinen Teuerung gedrückt werden können. Es bedurfte gewiß eines starken Anstoßes, um in das jahrzehntelang bewährte englische Einigungsweesen im Bergbau Bresche zu legen. Gewiß ist die Teuerung nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der ausschlaggebende Grund des Bergarbeiterausstandes, aber ihr Bestehen war zum mindesten ein treibendes Moment, das nur politisch ausgebeutet zu werden brauchte. Auf dem Kontinent überwiegen die sich mehrenden Arbeitskämpfe vielleicht weniger; immerhin aber weist die große Allgemeinheit dieser Kämpfe auf eine gemeinsame Ursache hin, die aufzuheben vielleicht die vornehmste Aufgabe der Volkswirtschaftslehre von heute ist; indessen, um dies gleich festzustellen, eine mit den gegebenen Mitteln nahezu unlösliche Aufgabe.

Für den Preis des Geldes, dieses internationalen Wertmessaßers, wie für den Preis der Waren sprechen die von der Theorie wohl ausgebildeten Preisbestimmungsgründe das entscheidende Wort. Sie können auf Seite des Angebots wie auf Seite der Nachfrage liegen. Unzweifelhaft ist nun die Goldproduktion, die bei den heutigen Währungsverhältnissen allein entscheidend ist, äußerst gestiegen; von 388 270 kg z. B. im Jahre 1900 auf 683 748 kg im Jahre 1909; hatte der Wert 1895 1042 1/3 Millionen Franken betragen, so war er 1909 2384 1/2 Millionen.

Nach Theorien, denen heute angesichts des mangelhaften statistischen Rüstzeuges noch manches Hypothetische anhaftet, wird die Teuerung hauptsächlich in der mit dem Steigen des Angebots verknüpften Erwertung des Goldes gesucht (besonders von Irving Fisher); eine geschichtliche Parallele bietet sich dieser Anschauung in der großen Preisrevolution des 16. Jahrhunderts, wo die Goldausbeute Indiens den europäischen Geldmarkt erschütterte. Vermutlich wird es bei dieser Teuerung indes nicht sein Bewenden haben. Vielmehr liegt weiter eine Reihe — statistisch wenigstens teilweise erfassbarer — Umstände auf Seite der Nachfrage nach Geld vor, die für die Teuerung ins Gewicht fallen können, ohne auch ihrerseits das Problem irgendwie zu erschöpfen: Die Nachfrage nach Geld wird von dem Bedürfnis nach baren Zahlungsmitteln bedingt.

Man zeichnet sich dasselbe Jahrzent, das einen fast unerschöpflichen Goldstrom aus Amerika, Australien, Südafrika anwies, durch eine weitgehende Vermehrung der das Bargeld ersetzenden Geldverkehrs mittel aus. Die Anweisung in ihren mannigfachen juristischen Formen gewährte weiten Kreisen die Bequemlichkeit eines fast ganz vom Bargeld unabhängigen Zahlungssystems, welches das bare Geld in den Kreditinstituten zusammenströmen läßt.

Auch bei Angebot und Nachfrage nach Lebensmitteln wirken die Preisbestimmungsgründe. Auf Seite des Angebots zeigt sich ein unzweifelhaftes Nachlassen zufolge der Erschöpfung jungfräulicher Böden, des Uebergangs zu intensiver Bestellung weniger ergiebiger Flächen. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag tritt in Kraft. Irving, der mit anderen schon seit längerem hierauf aufmerksam machte, betonte weiterhin die Grenze, welche die Verbilligung des Gütertransportes einmal finden müßte und neuerdings wohl gefunden hat. Dazu kommt zu seinem Teil das Steigen der Arbeitslöhne, damit der Produktionskosten. So falsch es ist, in ihm die Hauptursache, ja die aus-

schließlich Ursache der steigenden Preise zu sehen, so wenig wird es völlig außer Acht gelassen werden können, und es bedeutet keinesfalls einen Rückfall in die Lohnfondstheorie, wenn man eine relative Wirkung auf die Preishöhe zahlreicher Waren von den Arbeitspreisen ausgehen läßt.

Und schließlich bleibt die Nachfrage nach Lebensmitteln zu würdigen. An erster Stelle steht die Bevölkerungsmehrung, die Nachfrage und Preis steigern mußte. Hand in Hand damit geht eine qualitative wie quantitative Veränderung der Bedürfnisgestaltung vor sich. Langsam aber stetig steigt der standard of life. Das muß seine Rückwirkung auf den Preis um so mehr dann üben, wenn auch die Nominallöhne in die Höhe gehen und dadurch ein freilich noch immer recht enger Spielraum für die Ausgabenverteilung ermöglicht wird. Mindestens aber ergibt die Steigerung des Nominallohns eine erwünschte Gelegenheit, unter dem Vorwande größerer Kaufkraft der Massen eine Steigerung der Lebensmittelpreise herbeizuführen.

Zu diesen — gewissermaßen natürlich, jedenfalls international wirkenden — Preisbestimmungsgründen treten ferner die auf der Zollpolitik der einzelnen Staaten beruhenden. Dabei können die feineren Fragen; ob das Ausland oder das Inland den Zoll in höherem Maße trägt, beiseite gelassen werden, es genügt die Feststellung, daß jedenfalls ein Teil der Belastung den inländischen Verbrauchern fast regelmäßig trifft. Andernfalls würde es sich um eine Schutz-zollpolitik mit untauglichen Mitteln handeln, und es würde unverstänlich bleiben, wie man in ihr überhaupt ein Mittel zur Hebung der heimischen Landwirtschaft zu erblicken vermag.

Eine Feststellung aber, daß eine gewisse Belastung des heimischen Verbrauchs selbst bei allgemeinen Anstiegen der Weltmarktpreise eintritt, läßt sich in der Tat auf Grund der Notierungen vor allem Londons und Berlins machen. Durchwegs steigt die Kurve der deutschen Preise schneller an als die der englischen; der Unterschied ist so beträchtlich, daß er unter keinen Umständen auf formalstatistische Gründe zurückgeführt werden kann, man mag diese letzteren noch so hoch einschätzen angesichts der Verschiedenheiten, welche die Preisstatistik sogar innerhalb der nationalen Grenzen zu verzeichnen hat, und welche sich bei Vergleichung verschiedener Länder steigern müssen.

Gerade die legendarische Schwierigkeit, die zu der oben bereits betonten Unmöglichkeit einer wissenschaftlich-rationellen Erklärung des Teuerungproblems mit den heute gegebenen Mitteln führt — sie zeigt den Weg, auf dem der Unterbau jeder künftigen Wirtschaftspolitik gewonnen werden kann: eine Vereinheitlichung (mindestens weitgehende Annäherung) der heute so mannigfach verschiedenen Erhebungsmethoden. Derselbe Weg wird ja mit gleichem Erfolge auch anderwärts betreten werden müssen, immerhin bieten die Groß- und Kleinhandelspreise sein wichtigstes Ziel. Um so begründeter ist die Anregung, die nach dieser Richtung soeben aus den Vereinigten Staaten von Amerika kommt, wo neben anderen Irving Fisher erfolgreich vorgearbeitet hat.

Eine Internationale Kommission zum Studium der Lebenskosten (International commission on the cost of living) soll ins Leben gerufen werden. Der Präsident der Vereinigten Staaten wird an die wichtigsten Kulturstaaten (darunter jedenfalls Deutschland, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, einzelne britische Kolonien, wie Kanada) den Ruf zur Teilnahme an einem Kongress, in dessen Mittelpunkt die genannte Kommission stehen wird,

## Die Deutschen Gewertvereine (Dirich-Duncker) im Strom des öffentlichen Lebens.

IV.

### Die Gründer der Gewertvereine und Gewertvereine.

Wenn man sich heute an die vorgenannten Vorgänge erinnert, dann erscheint das Vorgehen von Schweizer gegen Dr. Max Dirich in einem eigentümlichen Licht. Dirich war 37 Jahre später als ein Mann von Ueberzeugung, von allen Seiten geachtet. Die Nachruhm, die man ihm widmete, bewiesen, daß von Freund und Feind dessen ehrenhafter, lauterer Charakter anerkannt wurde. Das was v. Schweizer verleumderischer Weise gegen den Gründer der Deutschen Gewertvereine vorbrachte, erinnert an das Sprichwort: „Was ich dent und n. was ich andern zu.“ Denn die Ehrenhaftigkeit v. Schweizer's, als Führer der Lassalleanischen Arbeiterbewegung erscheint in sehr zweifelhaften Licht. Nühren wir zum Beweis einige Urteile an über ihn, die nicht nur zugunsten der Gewertvereinsbewegung gefärbt sind, nämlich die aus dem Munde Bebel's selbst, welcher in der Reichstagsitzung vom 9. Dezember 1897 laut stenographischen Protokoll (Seite 187) erklärte: „Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, wir aber wissen es, daß der Dr. v. Schweizer, der Sozialistenführer, im Geheimen ein politisches Werkzeug der preussischen Regierung war; und nach unierer Ueberzeugung ist dem Abgeordneten von Schweizer damals (Ende 1868) aus dem Grunde ein Urlaub (im Gefängnis) bewilligt worden, weil er unter radikalster Maske den Regierungsgagenten spielte, mit anderen Worten ein politischer Lump war.“

Bebel schreibt auch Bebel in seinem Buche: „Aus meinem Leben!“

1. Band. Ueber v. Schweizer: „Nur im war die Bewegung, der er sich nach mancherlei Irrfahrten angeschlossen, nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Er trat in die Bewegung ein, sobald er sah, daß ihm innerhalb des Bürgerturns keine Zukunft blühte.“ (S. 1.)

Schweizer war ein Demagog großer Stils. (S. 3.)

Schweizer war ein Mann, der die von ihm gezeichnete Auffassung der Arbeiterbewegung nicht als Mittel zum Zweck, sondern als Zweck an sich betrachtete, aber er verstand sie, weil er glaubte, sich nach oben zu emphehlen. (S. 13.)

Schweizer war ein Lebensmann ersten Ranges, der namentlich in den letzten Jahren seines Lebens mit der Demagogie verkehrte, womit er wahrhaftig die „Lüge“ gegen seine langjährige Frau betätigte, die man

ihm als Tugend nachrühmte. Auch veranstaltete er zeitweilig Champagnergelage mit seinen intimsten Anhängern. Schweizer gehörte zu den Naturen, die stets mindestens doppelt soviel Geld verbrauchen, als sie einnehmen und deren Parole ist: Die Bedürfnisse haben sich nicht nach den Einnahmen, sondern die Einnahmen nach den Bedürfnissen zu richten, was bedingt, daß sie dann fruppellos das Geld nehmen, wo sie es finden. Hatte Schweizer 1862 2600 Gulden aus der Schützenfestkasse entnommen, so unterschlug er später, als er Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war und als solcher über die Kassengelder verfügte, von schlecht gelohnten Arbeitern gesammelte Groschen, um seine Gelüste zu befriedigen. Es handelte sich nicht um große Summen, aber das lag nicht an Schweizer, sondern an dem mageren Inhalt der Kasse. Diese Mißwirtschaft ist ihm auf verschiedenen Generalversammlungen des Vereins vorgeworfen und nachgewiesen worden, und Bracke, der jahrelang Kassierer des Vereins war und auf Schweizer's Anweisungen die Gelder ausbezahlen mußte, hat ihn öffentlich dieser Schandtat bezichtigt, ohne daß Schweizer ein Wort der Verteidigung wagte. Wer aber dergleichen fähig ist, von dem soll man nicht behaupten, daß er unfähig gewesen sei, sich politisch zu verkaufen.“ (S. 55/56)

Bebel beipricht dann in seinem Buche Fälle, die Beweise für das Letztere sein sollen. Aus dem Bismarckschen „Reptilienfond“ soll er Gelder erhalten haben und ebenso solche aus den hochkonservativen Kreisen zu Unterhaltung des dreimal wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans „Der Sozialdemokrat“. Mit dem Berliner Polizeipräsidentium soll er in inniger Verbindung gestanden haben, zum Nachteil der Arbeiterbewegung. Zu seiner Wahl zum Reichstage soll er 400 Taler von dem Führer der Konservativen, Herrn v. Kuffenow, erhalten haben, wie auch sein Wahlsieg über den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Löwe-Calbe nur dem Eintreten der Konservativen zu danken sei. Die Abhaltung von Triumphzügen nach gewonnener Position soll zur Spezialität Schweizer's gehört haben, der sich dann mit einem Wagen, von vier Schimmeln gezogen durch die Straßen der Stadt wie ein Cäsar fahren ließ. Eine ganze Reihe Schandlatten legt Bebel v. Schweizer auf 137 Seiten seines Buches zur Last.

So also sah der Mann aus, der als Führer der Lassalleanischen, sozialdemokratischen Arbeiterbewegung den Gründer der Deutschen Gewertvereine persönlich herabzuwürdigen suchte, um ihn an der Durchführung seiner Ziele zu hindern.

(Fortsetzung folgt.)

ergehen lassen. Zur Vorbereitung des Kongresses sind einstuftigen 20 000 Dollar ausgeworfen.) Der Zustimmung der eingeladenen Länder werden sich die Einladenden jedenfalls versichert haben; seitens Deutschlands, wo auch schon eine große nationale Körperschaft, der Verein für Sozialpolitik, vor allem aber das Kaiserliche Statistisches Amt dem gleichen Ziele zuarbeitet, ist sie außer Zweifel. Zu erwähnen sind hier auch die einschlägigen Vorarbeiten des Institut International de Statistique (vergl. Literaturübersicht).

Eine gewisse Internationalität war der amerikanischen Statistik schon stets eigen gewesen; so spielten Untersuchungen über die Produktionskosten bestimmter (meist zollgeschützter) Waren im In- und Ausland eine große Rolle, ohne, wenigstens was das Ausland anlangt, allzu reiche Ausbeute zu bringen. So ist es nicht übermäßig erstaunlich, daß auch dieser internationale Versuch jenseits des Ozeans unternommen wird. Interessant ist freilich dabei die Tatsache, daß das an Rohstoffen aller Art so überreiche Land als erstes das Bedürfnis zu dieser Untersuchung fühlt. Diese wird vermutlich eine große Reihe von Fragen einbeziehen, wird auch die in Amerika schon wohl ausgebaute Haushaltsstatistik zu revidieren haben, gleichzeitig die nicht mehr theoretische Frage der Indios-Berechnung; damit wäre vor allem die dringende Entscheidung zu treffen, ob „beschwerte“ oder „unbeschwerte“ Indios zu gelten haben (d. h. ob die Quantität der Artikel, der Bombenbiersatz, den sie vom Normalhaushalt, sei es des einzelnen, sei es der Nation, ausmachen, in Rechnung zu ziehen ist; das wird, trotz einer gewissen Parallelität in der Entwicklung beider Arten von Indios, brisant werden müssen).

Es steht zu hoffen, daß diese „notwendige Untersuchung“, wie Dernburg sich in der „Frankf. Ztg.“ vom 25. Februar 1912 ausdrückte, unsere Wissenschaft vom Leben der Massen, damit von der tatsächlichen Wertung des Lebens und letzten Endes der volkswirtschaftlichen Produktion überhaupt, auf neue Grundlagen stellt.

### Die Bewegung auf der Vulkanwerft in Hamburg.

Auf der Hamburger Vulkanwerft ist wieder ein Streik beendet worden, der — gelinde ausgedrückt — leichtfertig begonnen wurde. Nicht durch die Mehrheit der Arbeiter, denn die handelten im guten Glauben, sondern durch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, der sich aus Angehörigen sozialdemokratischer Verbände zusammensetzt. Die Ursache der Arbeitsniederlegung dieser etwa 4500 Arbeiter, die am 30. April dieses Jahres erfolgte, war nach Schilderung des Arbeiterausschusses folgende: Der zweite Obmann des Arbeiterausschusses, Kollege B., soll am 29. April in einer Abteilung, wo er nicht beschäftigt war, in seiner Eigenschaft als Arbeiterausschussmitglied tätig gewesen sein. Der Vorarbeiter K. traf den B. dort und verbat demselben die Agitation. Vorarbeiter K. meldete der Betriebsleitung diesen Fall und diese erließ den B. am 30. April wegen Verstoß gegen § 16 der Arbeitsordnung. Der Vorarbeiter K. behauptet, er habe gesehen, wie B. Verbands- oder Marktmärkte verkauft und eingeklebt habe. B. bestreitet dieses entschieden. Nach der Entlassung des B. haben nun die Arbeiterausschussmitglieder und Vertrauensleute der sozialdemokratischen Verbände die Parole ausgegeben, die Arbeit niederzulegen. Als Begründung wurde ausgeführt, die Firma habe den zweiten Obmann des Arbeiterausschusses gemaskiert, weil er die Interessen der Arbeiter vertreten habe. Die Arbeiter glaubten an diesen Grund und legten aus Solidarität die Arbeit nieder. Die Forderung der Arbeiter, den gemaskierten Obmann des Arbeiterausschusses wieder einzustellen, lehnte die Firma ab, und weil der Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern die Unterstützung verweigerte, war man gezwungen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, was am 13. Mai geschah.

Die Bewegung ist vorbei, und wenn wir die einzelnen Vorkommnisse, die sich um Lage der Arbeitsniederlegung (die wir allerdings erst nachträglich erfahren) sowie während des Streiks abspielten, betrachten, so kommen wir zu dem Schluss, daß der Obmann B. die Arbeiterausschussmitglieder hintergangen hat und dadurch die Arbeiterschaft in einen Streik hineinjagte, dem jede Berechtigung fehlte. Es war eine sogenannte Kraftprobe, an denen ja die Geschichte der Arbeiterbewegung leider so reich ist. Die Phrasen in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse umnebeln die Köpfe mancher Arbeiter, und diese machen sich dann eine Macht an, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen. Auffällig bei der Bewegung war folgendes: Gruppen von Arbeitern haben nur deshalb die Arbeit niedergelegt, weil ihnen Vertrauensleute sozialdemokratischer Verbände vorlogen, B. sei entlassen worden, weil er sich ein schlechtes Gerüst angeeignet habe (wozu er als Obmann des Arbeiterausschusses berechtigt gewesen wäre.) Dem entlassenen Obmann B. wurde vom Vorarbeiter K. gesagt, er solle nicht agitieren. Anstatt nun dem Vorarbeiter klar zu machen, daß er nicht agitiert habe, sondern aus einem berechtigten Grunde bei dem betreffenden Arbeiter gewesen sei, zog er ohne jede Segenrede ab. L. hatien B. durchaus nicht für schuldig; hätte der Vorarbeiter Unrecht gehabt, B. hätte ihm dieses sofort klar gemacht. Der Arbeiter Schumann (bei dem B. vom Vorarbeiter angegriffen wurde) ist nun verschieblich, aus dem B. selbst, aufgefördert worden, die Aussagen B.'s zu bekräftigen. Schumann meldete nun jedoch nicht zum Wort; jedenfalls würde er wohl in einer der Ver-

sammlungen oder Sitzungen das Wort ergriffen haben, wenn B. die Wahrheit gesagt hätte.

Das sind die Gründe, die uns zu der Annahme veranlassen, daß die Arbeiter der Vulkanwerft von dem Arbeiterausschuss schmachlich hintergangen worden sind. Wir dürfen annehmen, daß das Recht nicht auf Seite des Arbeiterausschusses, sondern auf Seite der Firma war. Der Gedanke, daß es den Genossen nur darum zu tun war, eine komplette Maisfeier zustande zu bringen, wird immer wahrscheinlicher und gewinnt noch an Boden, wenn man die Ausführungen von führenden Genossen im Laufe der letzten Zeit beachtet, vor allen aber an die Eile denkt, mit der die Genossen die Arbeitsniederlegung herbeiführten. Entgegen allem gewerkschaftlichen Brauch gab der Arbeiterausschuss die Parole aus, die Arbeit niederzulegen. Mit der Firma selbst hatte man über die Gründe, die zur Entlassung des B. führten, nicht verhandelt; kopflos, ohne Überlegung oder mit dem Hintergedanken, die Arbeiter zum 1. Mai alle draußen zu haben, mißbrauchte man das Solidaritätsgefühl von 4500 Arbeitern. Hätte man verhandelt, dann wäre aus der Maisfeier wenig geworden, weil die Verhandlungen am 1. Mai schließlich noch nicht beendet gewesen wären. Das sahen die extremen Genossen voraus und deshalb die eilige Arbeitsniederlegung.

Also betrachten kann man die Bewegung wie man will, man kommt immer zu der Ansicht, daß der sozialdemokratische Arbeiterausschuss auf der Vulkanwerft die Existenz tausender Kollegen leichtsinnig aufs Spiel setzte.

Für die Gewerksvereiner ergibt diese Bewegung mehr wie eine Lehre. Man beachte in Zukunft vor allen Dingen folgendes: Einem sozialdemokratisch zusammengesetzten Arbeiterausschuss niemals ohne weiteres alles glauben, Mißtrauen gegen diese Führer, so möchte man mit Hebel ausrufen. Niemals die Arbeit niederlegen, wenn die Ursachen nicht durch die Gewerksvereinsleitungen geprüft sind und diese ihre Meinung dazu gesagt haben. Niemals mehr die Arbeit niederlegen, ehe nicht auch der letzte Verhandlungsweg erfolglos beschritten worden ist. Diese drei Grundsätze soll sich jeder Kollege einprägen.

Diese Bewegung zeitigt aber noch eins: Die Gewerksvereiner müssen versuchen, diese leichtsinnigen frivolen Streiks unmöglich zu machen. Dieses können wir am besten dadurch erreichen, daß wir unsere Reihen stärken. Pflicht unserer Kollegen ist es jetzt vor allen Dingen, die Arbeiter der Vulkanwerft darüber aufzuklären, welche frevelhaftes Spiel man mit ihnen getrieben, wie leichtsinnig die führenden Genossen die Existenz von 4500 Menschen nahmen. Unterbreitet dieses den Kollegen, läßt sie auf über unsere Grundsätze, über unsere maßregeln Unterstellungen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Kollegen werden die Gewerksvereiner stärken und dadurch Dummheiten oder Bosheiten sozialdemokratischer Gewerkschaftler unmöglich machen. M.

### ■ Rundschau. ■

Zwei Gewerksvereinsdelegiertentage finden in der Pfingstwoche in Berlin statt, und zwar tagen der Gewerksverein der graphischen Berufe und Maler und der Gewerksverein der Bildhauer. Die Empfangsfeierlichkeiten für die Delegierten finden am Pfingstsonntag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses statt. Das Programm verspricht einen genussreichen Abend und eruchen wir die Kollegen von Berlin und Umgebung, sich an diesem Tage recht zahlreich im Verbandshause einzufinden. Gilt es hier doch nicht nur die festgebenden Vereine zu unterstützen, sondern auch den auswärtigen Delegierten zu zeigen, daß in der Metropole des Reiches das Gewerksvereinsleben kräftig pulsiert. Der Eintritt kostet inkl. Garderobe und Tanz 30 Pf. pro Person.

Die Aussichten auf dem Holzmarkt. Während wir zu Beginn dieses Jahres uns auf der höchsten Stufe der Hochkonjunktur befanden, ist seitdem ein langsames Abgleiten zu erkennen. Die Preise haben zwar vorläufig nur mäßig nachgegeben, aber man zweifelt in eingeweihten Kreisen nicht daran, daß der Preisstand dem Druck des schon jetzt vorliegenden Angebotes nicht wird standhalten können. Wo sind die Ursachen für den deutlich erkennbaren Rückgang auf dem Holzmarkt zu suchen? Ganz allein im Baugewerbe! Dort ist der Beschäftigungsgrad derart zurückgegangen, daß verschiedene Bauholzhandlungen jetzt überhaupt nichts zu tun haben und nur noch mit Ausbauten für vorjährige Abschlüsse beschäftigt sind. Es ist naturgemäß, daß die Sägewerke, wenn sie keinen Absatz für ihre Balken und Fußbodenbretter finden, die Preise herabsetzen. Kleinere Sägewerke haben damit bereits begonnen. Eine weitere Zurückhaltung in den Kreisen der Bauholzhandlung ist dadurch hervorgerufen worden. Diese meinen, daß der Preisrückgang in den künftigen Wochen weitere Fortschritte machen könne. Zu einem Gegenlag zu der Beurteilung des Brettergeschäftes stehen die Verhältnisse im Rundholzhandel. Hier fordern besonders die russischen Importeure außerordentlich hohe Preise, die in keinem Verhältnis zu der gegenwärtigen Bewertung der fertigen Ware stehen. Der Weichselmarkt ist inzwischen etwas ruhiger geworden und etwa 20 Traften sind ihm bereits ausbezahlt zugewandt. Ein flotter Geschäft hat sich indessen nicht entwickelt. Die deutschen Mühlenbesitzer weigern sich, die Preisforderungen der russischen Händler

zu bewilligen. Man zweifelt nicht daran, daß ein erheblicher Teil der in den nächsten Wochen eingehenden Zufuhr auf dem Weichselmarkt dem Thorner oder dem Brahmehüder Hafen wird unverkauft zugeführt werden müssen. Ferner ist zu erwähnen, daß verschiedene russische Ströme trocken liegen, so daß man befürchten kann, daß ein Teil der diesjährigen Herstellung den deutschen Markt infolge Wassermangels nicht wird erreichen können. In Mittel- und Westdeutschland wurde Tischlerware vorläufig noch abgesetzt. Besonders aufnahmefähig sind die sächsischen Firmen, die mit der Industrie verkehren. In der Koffer- und Musikinstrumentenbranche ist der Beschäftigungsgrad einigermaßen reger. Infolgedessen wurden in letzter Zeit größere Einschnitte von Wassermühlen nach Sachsen abgesetzt. Lebhaft war das Eichengeschäft. Gut und milde afrikanische Eiche wurde von Werken in der Rhön, in den Vogesen, in der Mark Brandenburg, Slavonien, Siebenbürgen und Rußland nach Deutschland abgesetzt. Der Grubenholzhandel ergab befriedigende Ergebnisse, die Umsätze steigerten sich, die Preise konstant um 2 bis 3 Prozent gegenüber den Notierungen von 1911 erhöht werden. Der Papierholzhandel lag ruhig.

In der Goldbleifenfabrikation war der Beschäftigungsgrad äußerst reger.

Eine Generalaussperrung in Sicht. Aus Mannheim wird berichtet, daß die süddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beschlossen habe, am 1. Juni 60 Prozent der Arbeiter in allen zur süddeutschen Gruppe gehörenden Betrieben auszusperrn, wenn bis dahin die Lohnbewegungen in diesem Gebiet nicht beendet sind. Diese Nachricht wird noch durch den Zusatz verstärkt, daß, wenn diese Maßnahme wirkungslos bleibe, Mitte Juni eine Gesamtaussperrung erfolgen werde. Wir wollen dieser Androhung nicht allen Ernst absprechen, glauben jedoch kaum, daß es soweit kommt, weil der sozialdemokratische Metallarbeiterverband jedenfalls vorher die Bremse so anziehen wird, daß bis dahin nicht mehr viel von der Bewegung übrig bleiben wird.

Maisfeier und Tarifvertrag. Wie in Berlin, so hatte auch in München das Gewerbegericht sich mit Vertragsverletzungen, begangen aus Anlaß der Maisfeier, zu beschäftigen. Wie der „Bayr. Courier“ meldet, haben die Arbeiter der Parkettfabrik Linke & Cie. am 1. Mai gefeiert. Die Firma sperrte darauf die Arbeiter drei Tage aus und händigte ihnen, da sie auch später nicht zur Arbeit erschienen, die Invalidentarten aus. Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband sowie der Fabrikarbeiterverband sperrten darauf den Betrieb und stellten Streikposten auf. Der Arbeitgeberverband erblickte darin eine Vertragsverletzung, während die Arbeiterverbände in der Aussperrung eine Vertragsverletzung erblickten. Der vom Einigungsamt gefällte Schlichterspruch lautete: 1. Die Arbeiter der Firma Linke haben durch die Maisfeier sich einer Vertragsverletzung schuldig gemacht. 2. Den Organisationen konnte nicht nachgewiesen werden, daß sie unter Vertragsverletzung die Arbeiter zur Maisfeier aufforderten. 3. Die Firma Linke war berechtigt, die Arbeiter auszusperrn. 4. Die Organisationen sind verpflichtet, mit allen Mitteln für die Aufnahme der Arbeit zu sorgen.

Das Münchener Gewerbegericht wird sich in den nächsten Tagen noch mit einer Anzahl Klagen zu beschäftigen haben, u. a. sind auch Arbeitgeber verklagt, die ihre Arbeiter zur Maisfeier gezwungen haben. Auch hier wird sicher Beurteilung zum Schadenersatz an die Arbeiter erfolgen.

Das Handwerk in Sachsen hat in seinen verschiedenen Zweigen einen recht eigenartigen Wandel in der Selbständigkeit durchgemacht. So ist die Zahl der selbständigen Tischler von 6663 im Jahre 1882 auf 7090 im Jahre 1907 gestiegen (die Zahl der im Tischlergewerbe Beschäftigten von 20415 auf 39685), der selbständigen Schneider von 17464 auf 31956 (39157 auf 63977), der selbständigen Kupferstecher von 176 auf 195 (723 auf 1499), der selbständigen Schlosser von 1689 auf 2034 (11634 auf 22103). Die Steigerung weisen auch die Sautler, Klumpner, Korbmacher, Goldschmiede und Uhrmacher auf, während in anderen Handwerken die Zahl der Selbständigen im erwähnten Zeitraum wesentlich zurückgegangen ist. Die Zahl der selbständigen Schuhmacher betrug 1882 noch 17827, 1907 aber nur 15503, während die Zahl der im Schuhmacherhandwerk Beschäftigten ziemlich auf gleicher Höhe rund 33000, blieb. Die Zahl der selbständigen Böttcher sank von 1674 auf 1020 (die Gesamtzahl der Beschäftigten von 2952 auf 2389), die Zahl der selbständigen Drechsler von 1546 auf 938 (6828 auf 4684) der selbständigen Stellmacher von 2370 auf 2328, der Grobschmiede von 4041 auf 3907, der Zugschmiede von 716 auf 536. Ferner hatten einen Rückgang in der Zahl der selbständigen Meister die Töpfer, Seiler und Glaser, während die Zahl der Zimmer- und Maurermeister ziemlich auf gleicher Höhe geblieben ist, trotz der gestiegenen Bauaktivität für eine fast um 50 Prozent im genannten Zeitraum gewachsene Bevölkerung.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 21. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

### Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Lichtenberg, Scheffelstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

#### Gebrauchsmuster:

- Nr. 38b. 506 081. Vertikale Holzbohrmaschine. Fritz Köhli, Rastnach, Schweiz. Ang. 7. 6. 11.
- Nr. 38c. 506 113. Hohlplatten mit Oberflächen aus kreuzweis verleimten Furnieren und Holzgittern an Zwischenschichten. Fa. George Denbig, Königsberg i. Pr. Ang. 1. 4. 12.
- Nr. 38e. 505 919. Zweischneidiger Ausfranzmeißel zur Herstellung schaufelartiger Sprossenlöcher. Hans Fölker, Remscheid. Ang. 8. 3. 12.
- Nr. 38e. 506 428. Meißel für Holzbearbeitungsfräser zur Herstellung von Keilmuten und Zinken. Friedr. Heizler, München. Ang. 6. 4. 12.
- Nr. 38a. 506 527. Bohrwinde mit Bohrtiefenstellung. Chr. Günner, Hamburg. Ang. 10. 4. 12.

#### Angemeldete Patente:

- Nr. 22h. St. 17 123. Verfahren zur Herstellung einer Polierfähigkeit für Holzgegenstände. Prof. Dr. Arn. St. 17 066. Otto Söding, Finsterwalde, N.-L. Angem. 9. 3. 12.
- Nr. 34g. W. 38 607. Ruhebett mit abnehmbarem Rohrrahmen, der seitlich an in den Seitenwänden des Gestells senkrecht geführten Armen drehbar gelagert ist. Wolff & Krebs, Berlin. Ang. 2. 12. 11.
- Nr. 34i. H. 54 439. Schreibisch. Martin Gahn, Berlin-Wilmersdorf. Ang. 6. 8. 11.
- Nr. 34i. H. 55 838. Zugleistenanordnung für Ausziehtische. Herm. Hettwig, Stuttgart. Ang. 1. 11. 11.
- Nr. 34i. P. 27 915. In ein Bett umwandelbarer Schrank. Artur Paternolli, Warburg a. d. Donau. Ang. 27. 11. 11.

### Aus den Ortsvereinen.

**Berlin.** (Sängerschaft der Gewerksvereins-Liedertafel.) An den Pfingstfeiertagen unternimmt die Gewerksvereins-Liedertafel eine Sängerschaft nach Stettin. Die Abfahrt dahin erfolgt am 1. Feiertag, den 26. Mai früh 5<sup>00</sup> Uhr vom Stettiner Bahnhof. Am 2. Feiertag (Pfingstmontag) findet nachmittags in der herrlich gelegenen Lübbischen Mühle in Stettin ein gemeinsames Konzert mit dem Gewerksvereins-Sängerbund Stettin statt. Alle Kollegen, die sich an der Fahrt oder an dem Konzert beteiligen wollen, sind freundlichst hierzu eingeladen.

**Bochum.** (Die Taktik der christlichen Holzarbeiter in Bochum.) Man sollte doch glauben, daß der christliche Holzarbeiterverband nicht nur da ist, christlich zu heißen, sondern auch christlich zu handeln, aber weit gefehlt. Von der Zahlstelle Bochum dieses Verbandes erschien in der Nummer 19 ihres Organs „Der Holzarbeiter“, ein Artikel, in dem es heißt: „Bei der Erstwahl zur Dächlerzwangsinnungs-Krankenkasse haben die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Holzarbeiterverbandes, die gleichzeitig Mitglieder des evangelischen Gesellen- und Arbeitervereins sind, für die sozialdemokratischen Kandidaten agitiert.“ Das ist echt christlich, wenn ein christlicher Verband versucht, Mitglieder aus christlich-nationalen Vereinen als sozialdemokratische Agitatoren hinzustellen. Es sei hiermit betont, daß die betreffende Wahl für uns keine politische Machprobe war, und von sozialdemokratischer Agitation keine Rede sein kann. Aber „was ich denk und tu, traue ich auch dem Andern zu.“ ist für den christlichen Holzarbeiterverband in Bochum wohl zutreffend. Dieser hat die Wahl politisch ausgeglichen und sich als Zentrumsgewerkschaft zu erkennen gegeben, indem er die katholischen, nicht organisierten Meißneröhne, selbst keine tüchtigen Meister, die sich selbst versichern haben, an

die Wahlurne schleppte. Auch in der hiesigen Zentrumspresse ist noch an demselben Abend ein verleumderischer Artikel in ungefähre derselben Fassung wie eingangs angeführt, losgelassen worden. Wir Gewerksvereinskollegen stehen auf dem Standpunkt, daß nicht nur Zentrumsparteiler als Vertreter in Krankenkassen gewählt werden sollen, sondern ebenso gut auch andersorganisierte Kollegen, welche in Krankenkassen auch tätig sind und ihren Mann stehen können. Ebenso möchten wir bemerken, daß der Gewerksvereins der Holzarbeiter im Arbeiterverein überhaupt keine Mitglieder hat. Es ist dem Artikelschreiber also nur darauf angekommen, die Gewerksvereine zu verleumden. Ferner sei festgestellt, daß die Liste zur Krankenkasse mit 6 Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes und 1 Mitglied des Gewerksvereins vereinen versehen war, hier also von keiner sozialdemokratischen Agitation geredet werden kann, sondern das Ganze nur eine Zentrumsparteiaktion und Zentrumshetze ist, die man hier bald gewöhnt ist. Ebenso möchten wir vielen evangelischen Kollegen zurufen: „Haltet die Augen auf und paßt auf, wie mit euch in den christlichen Gewerkschaften gespielt wird.“

#### Der Ausschuss.

**Düsseldorf.** In unserer letzten Mitglieder-Versammlung hielt wegen Behinderung des Bezirksleiters Daun Kollege Schäfer-Duisburg einen Vortrag über Unfallversicherung. Mit dem Spruch: „Die Zeiten ändern sich, und damit die Leute“ beginnend, führte er etwa folgendes aus: Das Land, welches vor fünfzig Jahren der Landmann beackerte, wird jetzt von Fabriken aller Art mit ihrem hastenden Schaffen bedeckt. Mit dem Zunehmen der Industrie ergab sich die Notwendigkeit, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter auf gesetzmäßigem Wege zu schützen, und so wurde die Sozialpolitik immer mehr ausgebaut. Im Jahre 1882 setzte die Unfallversicherung ein und es wurden die Berufsgenossenschaften gegründet. Maßgebend für die Holzarbeiter ist die Holz-Berufsgenossenschaft. Die Arbeitgeber bringen die Kosten der Unfallversicherung auf und führen die Verwaltung. Ein Mitbestimmungsrecht steht den Arbeitern nicht zu. Sodann führt Redner die Unfälle an, welche entschädigungspflichtig sind. Die neue Reichsversicherungsordnung betreffend Unfall, welche im Jahre 1913 in Kraft treten wird, bringt einige Verbesserungen. Von der 13. Woche an tritt bei Unfällen die Unterstützungspflicht der Berufsgenossenschaft ein, aber schon vom 29. Tage an kann der Verletzte einen Unfallzuschuß verlangen. Die Rente tritt nach Heilung ein und steht dem Unfallverletzten  $\frac{2}{3}$  seines Verdienstes zu. Bei Krankenhausbehandlung steht der Familie des Verletzten auch eine Rente zu. Auch ein Heilverfahren kann die Berufsgenossenschaft einleiten, was sie natürlich nur im Interesse der Klasse tut. Falsch ist es nun, sich diesem Verfahren nicht zu fügen, nur Operationen braucht der Verletzte nicht an seinem Körper vornehmen zu lassen. Tritt der Tod des Verletzten ein, so hat die Berufsgenossenschaft ein Sterbegeld von mindestens 50 M. zu zahlen. Die Hinterbliebenen der Jugendlichen haben keinen Anspruch auf Rente, es sei denn, daß sie vom Verdienst des Verstorbenen lebten. Die Witwe eines Verunglückten hat keinen Anspruch auf Rente, wenn der Unfall vor Eingehen der Ehe stattfand. Die Hinterbliebenenrente erstreckt sich bis auf zwei Kinder. Die Berufskrankheiten sind im neuen Gesetz leider nicht in Betracht gekommen. Die Unfallrente der Jugendlichen ist eine sehr geringe und kann bei Verletzten, trotz der sich steigenden Ansprüche, nicht erhöht werden. Das Reichsversicherungsamt ist die höchste Instanz, und wird hier in sehr sachlicher und humaner Weise geurteilt. Die Schiedsgerichte weisen nicht ins Auge fallende Gebrechen zurück, die Ärzte sind beim Ausstellen gegen die Berufsgenossenschaften sehr zurückhaltend. Es ist schon vorgekommen, daß ein Arzt zu gunsten des Verletzten sein Gutachten abgab und derselbe Arzt sich später im Sinne und zu gunsten der Berufsgenossenschaft festlegte. Die Schieds-

gerichte weisen Erhöhung der Rente stets zurück, das Reichsversicherungsamt urteilt gerechter. Redner rät, kleine Verletzungen nicht anzumelden, nur wenn edlere Teile beschädigt sind, hat die Anmeldung zu erfolgen und ist eben, das Reichsversicherungsamt in Anspruch zu nehmen. Die Schiedsgerichte fügen auch gern die Rente, weil Gewöhnung an das beschädigte Glied eingetreten sei. Gespändel und verpfändet darf die Rente nicht werden, Kapitalabfindungen können stattfinden, doch ist hiervon abzuraten. Die Versicherer müssen dafür Sorge tragen, daß die nötigen Schutzvorrichtungen angewendet werden. Die Organisationen haben ihr möglichstes getan beim Ausbau der sozialen Gesetzgebung, hoffentlich gelingt es bald, die noch vorhandenen Mängel zu beseitigen, zum Segen des arbeitenden Volkes. — Der Vortragende dankt dem Redner für den mit Beifall aufgenommenen Vortrag und knüpft daran den Wunsch, den Vortragenden öfter zu hören. In der Diskussion bringt Kollege Heinen einige Fälle aus der Praxis vor und weist nach, wie das Kapital es versteht, die Gesetze zu umgehen, die Unfallverletzten ganz zu entziehen und sie dem Elend preiszugeben. Kollege Schäfer antwortet auf diese Ausführungen. Er hält es für unbedingt nötig, die Arbeitkollegen auf scheinbar kleine Vorkommnisse aufmerksam zu machen für den Fall, daß Weiterungen entstehen. Es können später auftretende Krankheiten, Stichtum und Tod auf solche kleinen Unfälle zurückgeführt werden. Um Ansprüche stellen zu können, müssen Zeugen des Unfalles beigebracht werden. Darum Kollegen, so ruft zum Schluß der Redner, bringt Aufklärung in die Reihen der Arbeiter. Klingenberg, Schriftführer.

### Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Dresden und Reitz (Firma Ica, photographische Branche), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg (Steinway & Sons, Piano-Fertigpolierer), Thorn (Schiffsbauplatz Pawlowski).

### Briefkasten der Redaktion.

**N. D., Rudolfsbad.** Senden Sie Ihren Anteilsschein an den Verbandskassierer R. Klein, Berlin, Greifswalder Straße 221/23, ein, dann erhalten Sie das Geld samt Zinsen zurück. Besten Gruß Bl.

### Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

#### Verlorene Quittungsbücher.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren bzw. abhanden gekommen gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

1382 Lange-Bütow.

3459 Vater-Dreslau.

Unterstützungen dürfen auf diese Bücher nicht gezahlt werden. Der Hauptvorstand.

Die Mitglieder der Begräbniskasse Nr. 31 und 5931b in Selsenkirchen und 5655b in Karlsruhe rekrutieren mit den Beiträgen über die statutarische Frist. Erfolgt innerhalb 14 Tagen keine Begleichung derselben, so werden die Mitglieder gestrichen. Der Vorstand.

### Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

**Sonnabend, den 25. Mai 1912:** Bezirk Ost und Möbelischler. Abds. von 8 bis 9 Uhr, b. Reich, Petersburger Straße 55, Zählabend. Bezirk Nord und Bauischler. Abds. von 6 bis 8 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Zählabend. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, b. Marschall, Goethestr. 59, Zählabend.

**Sonnabend, den 1. Juni 1912:** Bezirk Ost und Möbelischler. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Wiesenköpchen, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung. Modell- und Fabrikischler. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Branchenversammlung.

## Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

### Ortsverein Neutölln.

Sonnabend, den 25. Mai 1912,

6. Straßer, Hermannstr. 199:

**Versammlung.**

Beizhülfiges Erscheinen erwünscht

Der Ausschuss.

**Stien-Ruhr.** Durchreisende Kollegen erhalten vom hiesigen Ortsverband Abendbrot, Nachlogis u. Morgenkaffee. Die Beherbergungsläden werden nicht mehr auf dem Gewerksvereinsbureau, sondern bei den einzelnen Gastwirten angesetzt.

### P. Kowallis

Berlin S  
Luckauer Strasse 6, part.

## Möbel

in allen Stilarten zu billigsten Preisen bei kleiner Anzahlung

Sofas werden modernisiert und aufgearbeitet

### Echtige, selbständig arbeitende

## Modellischler

für sofort gesucht. Einheitslohn 65 Pf. pro Stunde.

Schriftliche Meldungen an das Arbeitersekretariat Bremen, Deventerstraße 79.

Gillich (Ortsverband), Gartenstr. 1, Ruffner (Edman) Hartmann, Bismarckstr.

### Ein neues wichtiges Buch für die Praxis!

## Holz und Holzwaren

von Robert Lippmann, Holzminden.

120 Seiten Text mit vielen Abbildungen, Preis Mark 2,—.

Der Autor, als eifriger Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften, die sich mit Holz und Holzbearbeitung befassen, in weitesten Kreisen bekannt, steht seit langen Jahren mitten in der Praxis und hat es unternommen, das, was er bei der ihm eigenen hervorragenden Beobachtungsgabe zu hören und zu sehen Gelegenheit hatte, zu sammeln.

Lippmann kommt zu dem Schluss, dass es in der Holzwaren-Industrie durchaus nicht an allen Enden so ist, wie es sein sollte und könnte, dass dagegen Millionen jährlich verschleudert werden, die bei richtiger Kalkulation, bei Sammlung der Arbeitskräfte und bei Sparsamkeit und zweckmäßiger Ausnutzung des Materials nutzbringend anzulegen wären.

Die Anschaffung der Broschüre kann nur dringend empfohlen werden.

Wegen Lieferung des Buches wende man sich an eine Buchhandlung oder den unterzeichneten Verlag.

Leipzig, Langestr. 24.

Max von Criegern.

## „Die Eiche“

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands

### Jahrgang 1911

auf 320 von 160 Seiten gedruckt, sauber gebunden, für alle unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsbibliotheken zum Preise von Mk. 3.50 einschl. Porto, zu beziehen durch die Expedition Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23

Frühere Jahrgänge werden zu dem ermäßigten Preise von Mk. 2.50 pro Exemplar abgegeben